

## **8 Fragestunde**

**Bgm. Nagl:**

Wir starten nun mit der Fragestunde. Auf unserer Gemeinderatssitzungssaaluhr ist es jetzt 12.36 Uhr.

### **8.1 Frage 1: „Verkehrinsel Luthergasse/Schlögelgasse“ (GR DI. Sickl, FPÖ an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**Sickl:**

Hoher Stadtsenat, werte Kollegen. Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr. Monatlich grüßt das Murmeltier. So darf ich heute an Sie wieder eine Frage stellen, und zwar geht es aktuell um die Baustelle am Kaiser-Josef-Platz, wo der Straßenbelag erneuert wird, Parkplätze neu geordnet und verschiedene Verkehrsinseln gebaut werden. So wird auch an der Kreuzung Luthergasse, Schlögelgasse eine Verkehrsinsel gebaut. Die dort ansässigen Unternehmen wurden jedoch in keiner Weise über die Bautätigkeit sowie den Zeitpunkt der Bautätigkeit durch die Stadt Graz informiert. So ist der Unmut dieser mehr als verständlich, wenn sie morgens zu ihrem Geschäft kommen und nur mehr über einen Nebeneingang das eigene Geschäft betreten können. Gerede für ein dort ansässiges Orthopädiefachgeschäft ist dieser Umstand besonders stark beeinträchtigend. Die Kunden eines Orthopäden sind oft nicht besonders mobil und fußläufig. So müssen sich beispielsweise augenblicklich ältere Menschen mit Rollator über Stufen durch den extrem engen Seiteneingang quälen. Des Weiteren wird der Unternehmer vollkommen im Unklaren gelassen, wie lange die Dauer dieser Beeinträchtigung dauert. Unklar ist zudem, ob die beiden Behindertenparkplätze vor dem Geschäft weiterhin vorgesehen sind oder nicht. Für das Geschäft, das Heilgehbehelfe verkauft, ist diese Information doch relevant. Eine Antwort vom Verkehrsamt blieb sowohl am 7. und 8. November aus. Telefonische Anfragen, auch Anträgen per E-Mail, blieben unbeantwortet. Bei der letzten GR-Sitzung hatten Sie

doch versprochen, dass sich alle Bürger an Sie wenden können, nur scheint, es war wohl nur ein Lippenbekenntnis. Daher darf ich an Sie die

### **Frage**

stellen:

Warum werden Bürger und Unternehmer nicht im Vorfeld über stark beeinträchtigende Bautätigkeiten informiert?

#### **Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrte Frau Stadträtin!*

*Aktuell werden rund um den Kaiser-Josef-Platz der Straßenbelag erneuert, die Parkplätze neu geordnet und verschiedene Verkehrsinseln gebaut.*

*So wird auch an der Kreuzung Luthergasse/Schlögelgasse eine Verkehrsinsel gebaut. Die dort ansässigen Unternehmer wurden jedoch in keiner Weise über die Bautätigkeit an sich sowie über den Zeitpunkt der Bautätigkeit informiert. So ist der Unmut dieser mehr als verständlich, wenn sie morgens zu ihrem Geschäft kommen und nur mehr über den Nebeneingang das eigene Unternehmen betreten können. Gerade für ein dort ansässiges Orthopädie-Fachgeschäft ist dieser Umstand besonders stark beeinträchtigend. Die Kunden eines Orthopäden sind oft nicht besonders mobil und fußläufig. So müssen sich beispielsweise augenscheinlich ältere Menschen mit Rollator über Stufen durch den extrem engen Nebeneingang quälen. Des Weiteren wird der Unternehmer vollkommen im Unklaren gelassen, wie lange die Dauer dieser Beeinträchtigung sein wird.*

*Unklar ist zudem, ob die beiden Behindertenparkplätze vor dem Geschäft weiterhin vorgesehen sind oder nicht. Für ein Geschäft, das Heilgehbehelfe verkauft, ist diese Information doch relevant.*

*Eine Antwort vom Verkehrsamt blieb sowohl am 7. und 8. November aus. Telefonische als auch Anfragen per E-Mail blieben unbeantwortet. Bei der letzten Gemeinderatssitzung hatten Sie doch noch versprochen, dass sich Bürger jederzeit an Sie wenden könnten. Mir scheint, dass dies doch nur ein Lippenbekenntnis war.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende*

**Anfrage**

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:*

*Warum werden Bürger und Unternehmer nicht im Vorfeld über stark beeinträchtigende Bautätigkeiten informiert?*

**StR<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat. Bei Bautätigkeiten im Straßenraum wird seitens des Straßenamtes standardmäßig eine Anrainer-Information dem Bescheidnehmer, das ist die Baufirma, vorgeschrieben. So auch im konkreten Fall. Selbstverständlich wurde diese Anrainerinformation mittels Hausanschlag an allen betroffenen Liegenschaften angebracht. Ein Mitarbeiter des Straßenamtes war nach Anfrage des Orthopädiegeschäftes auch persönlich vor Ort, um die Situation, es ist um Asphaltierungsarbeiten an einem Tag gegangen, während des Arbeitsablaufes auch ganz genau zu erklären. Bezüglich der Behindertenparkplätze, sagt die dafür zuständige Leiterin des Verkehrsreferates im Straßenamt, der Inhaber des

Orthopädiefachgeschäftes wurde mittels E-Mail über die Notwendigkeit der baulichen Adaptierungen in diesem Bereich und die Auswirkungen auf die beiden Behindertenstellplätze selbstverständlich informiert und zwar innerhalb nicht einmal eines Tages ist hier die Beantwortung erfolgt. Da der Behindertenstellplatz verkürzt wird, wurde der Geschäftsinhaber auch darauf hingewiesen, dass Inhaber eines Parkausweises auch den in unmittelbarer Nachbarschaft befindlichen Parkverbotsbereich zum Parken nutzen können und er seine Kunden auch daran erinnern kann oder möge. Das Straßenamt ist also selbstverständlich seiner Informationspflicht nachgekommen und selbstverständlich, und das wissen Sie auch, kann jeder Bürger oder auch Gewerbetreibende sich an mich oder an mein Büro wenden. Das wissen auch alle, in dem konkreten Fall ist das aber nicht erfolgt.

**Sickl:**

Frau Stadträtin, das stimmt, der Unternehmer ist informiert worden durch die Bauarbeiter vor Ort im Rahmen der Bautätigkeit. Weil er ist hinausgegangen und hat gefragt, was da los ist. Dann ist er informiert worden durch die Bauarbeiter und ja, das ist auch ein Teil des Bauunternehmens. Des Weiteren ist die Baustelle noch immer bzw. der Zugang noch immer erschwert oder sehr schwer möglich. Das ist jetzt schon die zweite Woche und da wollte ich Sie fragen, ob Sie darüber nachdenken oder bereit sind, hier auch dem Unternehmen eine finanzielle Entschädigung zu bieten, weil natürlich die Einbußen und die Schwierigkeiten augenblicklich fast untragbar sind.

**Kahr:**

Ich möchte es nur noch einmal wiederholen. Weil in der Anfrage gesagt wurde, dass das Straßenamt seiner Informationspflicht nicht nachgekommen ist. Das sind sie, sowohl durch einen persönlichen Mitarbeiter, der vor Ort war, vielleicht haben die Kollegen ihn mit einem Bauarbeiter verwechselt, ich weiß es nicht, aber er ist genau

informiert worden und des Weiteren hat die zuständige Kollegin und Leiterin, die im Straßenamt, unmittelbar am nächsten Tag, nachdem das E-Mail eingelangt ist, auch geantwortet und zwar ausführlich und auch auf die Alternativen hingewiesen. Was ich persönlich gerne mache, wenn Sie mich jetzt so fragen, ich kenne das Geschäft ja gut, hab doch selbst für meine Mutter damals auch so Sachen eingekauft, dass ich persönlich hinschaue und mich persönlich bei Ihnen überzeuge, welche Sorgen sie haben.

**8.2 Frage 2: Der Aita-Teich als Naherholungsgebiet  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner, Grüne an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

**Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Ich wollte diese Frage ja eigentlich, weil mir das irgendwie komisch vorgekommen ist, an den Herrn Bürgermeister stellen. Auch weil wir da schon in einem längeren Dialog sind, aber das wurde jetzt abgeändert. Daher darf ich die Frage an Sie stellen, Herr Stadtrat.

Es geht um den Aita-Teich, der ja derzeit im Sinne von Hochwasserschutzmaßnahmen umgebaut wurde. Dort wurde ein Retentionsbecken errichtet und es wird eine sehr schöne und auch ökologisch wertvolle Bepflanzung geben und ich glaube, da wird es sehr positive Rückmeldungen von den AnrainerInnen geben. Bisher war es ja so, dass das Areal von einer Nutzung durch die Öffentlichkeit ziemlich ausgeschlossen war und jetzt ändert sich die Situation ja grundlegend, nämlich dadurch, dass jetzt das ganze Gelände der Republik Österreich gehören wird und damit auch öffentliches Wassergut wird und daher eine Möglichkeit einer Nutzung natürlich massiv vereinfacht wird. Jetzt ist es grundsätzlich so, dass es in diesen Verhandlungen, die derzeit stattfinden, einerseits um das Nutzungsrecht geht durch den Eisschützenverein, aber auch um die Wasserentnahme einer angrenzenden Gärtnerei, wobei sich das meiner Information

nach derart geändert hat, dass diese Gärtnerei mittlerweile verkauft wurde an eine ProjektentwicklungsGmbH, also bleibt letztlich der Eisschützenverein, mit dem zu verhandeln wäre und ich glaube, dass das sehr wichtig wäre, gerade im Hinblick auf eine zunehmende Verbauung in St. Peter, auf eine zunehmende Verringerung von Grünflächen, wenn wir das schaffen würden, dass der Aita-Teich in Zukunft frei zugänglich ist. Daher meine

### **Frage**

an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in den laufenden Vertragsverhandlungen mit dem Eisschützenverein eine Nutzung des Aita-Teichs für die Öffentlichkeit sichergestellt wird?

#### ***Originaltext der Frage:***

*Im Zuge der Hochwasserschutzmaßnahmen am Petersbach wird derzeit ein Rückhaltebecken im Bereich des Aita-Teichs errichtet. Die vorliegenden Planungen lassen hoffen, dass ein sehr naturnahes Areal entstehen wird. Es sind viele Nachpflanzungen u.a. mit Frühlingsgeophyten geplant, eine Planung, die auch bei einem Großteil der AnrainerInnen für positive Rückmeldungen sorgen.*

*Bisher war die Öffentlichkeit ja praktisch von der Nutzung des Areals ausgeschlossen und seitens des Eisschützenvereins sollte dies dem Vernehmen nach auch so bleiben. In Beantwortung meiner Anfrage vom Frühjahr 2019 haben Sie erfreulicherweise geantwortet, dass in den weiteren Verhandlungen auch die Nutzung durch die Öffentlichkeit berücksichtigt wird. Die Voraussetzungen dafür sind gut, da die Fläche künftig der Republik Österreich gehört und damit öffentliches Wassergut und für die Öffentlichkeit nutzbar ist.*

*Derzeit liegt allerdings das Nutzungsrecht bei einem Eisschützenverein sowie für die Wasserentnahme bei einer angrenzenden Gärtnerei, wobei letztere dem Vernehmen nach ihren Betrieb einstellt und das Areal an eine ProjektentwicklungsGmbH veräußert hat. Bleibt also der Eisschützenverein, der auch künftig für Betrieb und Pflege der Teichanlage zuständig sein soll.*

*Eine Nutzung des Aita-Teich-Areals wäre gerade vor dem Hintergrund einer zunehmenden Verbauung in St. Peter und der damit einhergehenden Verringerung der Grünflächen von besonderer Bedeutung.*

*Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende*

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in den laufenden Vertragsverhandlungen mit dem Eisschützenverein eine Nutzung des Aita-Teichs für die Öffentlichkeit sichergestellt wird?*

**StR Dr. Riegler:**

Frau Gemeinderätin Pavlovec-Meixner. Ich kann da nur mit einem klaren Ja antworten, denn wie meistens ist Politik der Versuch, unterschiedliche Interessen auszugleichen und auch hier liegen unterschiedliche Interessen vor. Eine Interessenslage ist z.B. diejenige, der Bestandsrechteinhaber, das ist insbesondere der Eisschützenverein, aber auch eben die Gärtnerei, von der Sie gesprochen haben und die haben natürlich Rechte. Auf die Rechte wird man Rücksicht nehmen müssen. Der Verein wird auch künftig für den Betrieb der Teichanlagen und die Pflege der Uferbereiche zuständig sein. Die Stadt Graz hat mit dem Land Steiermark als Vertreter des öffentlichen Wasserguts einen Gestattungsvertrag zur Nutzung des Areals

Rückhaltebecken Petersbach abgeschlossen und im Rahmen der weiteren Verhandlungen wird es natürlich darum gehen, auf die unterschiedlichen Interessenslagen Rücksicht zu nehmen. Ich muss aber auch erwähnen, dass es natürlich auch die Besorgnis der angrenzenden Bevölkerung gibt, die eben die Besorgnis hat, dass durch eine völlig öffentliche Nutzung dann möglicherweise ein zusätzlicher Lärm entstehen könnte oder zusätzliche Probleme entstehen könnten. Auch diese Interessen, in dem Fall des Bezirkes St. Peter, wird man sicher wahrnehmen müssen und ich werde mich daher insgesamt bemühen, einen fairen Interessenausgleich zu finden und ja, natürlich wird man sich bemühen, dass auch in Zukunft es zum Teil auch Zugangsrechte geben wird.

**Pavlovec-Meixner:**

Wie ich schon gesagt habe in meiner Darstellung, es ist ja so, dass mittlerweile die Besitzverhältnisse, was die Gärtnerei betrifft, sich geändert haben und da wäre meine Zusatzfrage, weil das auch ein Wunsch ist, der aus der Bevölkerung kommt, nämlich eine Durchwegung zwischen der Petersbergen- und der Peterstalstraße. Das würde ich Ihnen gerne zur Kenntnis bringen und auch hoffen, dass man da eine gute Lösung findet mit dem neuen Eigentümer. Wäre verbunden mit der Bitte, nicht mit der Frage, weil Sie wissen jetzt noch gar nicht, was Sie damit anfangen sollen, verbunden mit der Bitte, auch an diese Durchwegung zu denken. Danke.

**Riegler:**

Ich nehme diese Frage und Bitte zur Kenntnis.



**8.3 Frage 3: Wohnen Graz - Entwicklung des Leerstandes  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Bauer, SPÖ an Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio, FPÖ)**

**Bauer:**

Vielen herzlichen Dank, ich möchte heute das Thema Leerstand und Wohnraumnot hier im Gemeinderat ansprechen, weil der Leerstand ein unerwünschtes Thema ist und die Leerstandskosten unnötig und ich den Eindruck habe, und nachdem ich nachgesehen habe, was in den letzten Jahren passiert ist, das eher ein Unliebkind hier in der Stadtregierung ist. Es wurde zwar mehrmals behandelt, 2016 in einem Bericht, 2017 in einem dringlichen Antrag von Bedrana Ribo, mit einer Erhebung des Leerstandes in Graz. Ich darf ihr heute alles Gute wünschen für ihre neue Funktion. Dieser dringliche Antrag wurde leider abgeschmettert. In einer Anfrage vom Kollegen Ehmann und 2018 hat es eine Initiative gegeben, Leerstand im Übertragungswohnbau zu beenden, nämlich die 35 Wohnungen wieder zu mobilisieren. Auch hat mich motiviert der Bericht im Beteiligungsausschuss. Im Beteiligungsausschuss wurde aufgezeigt, dass die Leerstandskosten von Wohnen Graz, wenn ich das richtig sehe, negativ sind, nicht wenig negativ, es ist ein Stück aus der nicht öffentlichen Tagesordnung, ich darf es hier nicht erwähnen, vielleicht der Herr Stadtrat. Aber das sind die Motivationen und das andere sind die Diskussionen vor Ort. Jede leerstehende Wohnung macht ein ungutes Gefühl. Nebenan ist die Wohnung leer, die Wohnungen bleiben finster, das ist auch im ganzen Siedlungs- und Stadtbild nicht erwünscht. Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Eustacchio, ich möchte Ihnen die

**Frage**

stellen:

Wie hat sich bei Wohnen Graz der Leerstand in Bezug auf Leerstandskosten, durchschnittliche Zahl der leerstehenden Wohnungen und durchschnittliche Leerstanddauer im Vergleich der Jahre 2017, 2018 und 2019 entwickelt?

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter!*

*Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, die*

**Frage:**

*Wie hat sich bei Wohnen Graz der Leerstand in Bezug auf Leerstandskosten, durchschnittliche Zahl der leerstehenden Wohnungen und durchschnittliche Leerstanddauer im Vergleich der Jahre 2017, 2018 und 2019 entwickelt?*

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Ich darf es verlesen, weil es doch ein wenig komplex ist bzw. viel Zahlenmaterial beinhaltet, liebe Susanne. Du bekommst es von mir gedruckt mit allem Zahlenmaterial, das notwendig ist. Auf deine Fragen, Punkt 1 Leerstandskosten: Die Leerstandskosten im Übertragungswohnbau waren im Jahr 2017 in der Größenordnung von € 15.824. 2018 € 136.000 und 2019 bis dato € 85.000. Leerstandskosten stadteigen 2017 € 271.000, 2018 € 311.000. 2019 € 316.000,--. Warum ist das so? Im Jahr 2017 wurde die Ausfallhaftung, Tragung der Leerstandskosten an die Gemeinnützigen Bauträger zur rechtlichen Abklärung, ab wann diese schlagend wird, ausgesetzt und 2018 nachbezahlt, weil wir leider Gottes verpflichtet wurden. Wir haben versucht, diese Leerstandskosten an die Gemeinnützigen abzuwälzen, müssen das aber leider weiter selber tragen. Frage 2, oder Punkt 2, Anzahl der leer stehenden Wohnen nach Freimeldung: Stichtag 4.9.2017, waren es 80, 29.5.2018 119, 7. Mai 2019 180, 12.11.2019 sind es 94. Das ist interessant oder relevant von der Zahl her, bei insgesamt 11.123 Wohnungen entspricht der derzeitige Stand von 94 leeren Wohnungen 0,85 %. Das stellt im österreichweiten Vergleich einen sehr geringen Wert dar. Ein grundlegender Pool an freien Wohnungen ist auch notwendig, um

Wohnungssuchenden auch weiterhin sehr schnell eine Wohnungsversorgung gewährleisten zu können. Wenn das auf 0 wäre, müssten wir neu bauen. Dann wäre die Wartezeit eine sehr lange.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Bauer: Das ist nur Wohnen Graz?*

**Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:**

Ja. Durchschnittliche Leerstandsdauer, Freimeldung bis zur Vergabe 2017 34 Tage, 2018 54 Tage und 2019 69 Tage. Für den Anstieg der durchschnittlichen Leerstandsdauer sind vor allem Wohnungen aus dem Übertragungswohnbau verantwortlich, die Gründe hierfür, die ich nennen kann, sind: nicht mehr zeitgemäßer Sanierungsstand, hohe Kautionen und Verteuerung der Wohnkosten durch die Erhöhung der Rückzahlung von Wohnbauförderungen gegen Ende der Darlehenslaufzeit. Wir versuchen dem natürlich zu begegnen. Auf der einen Seite haben wir als Gegenmaßnahmen gesetzt die Ausweitung des Kautionsbeitrages, auch auf Übertragungswohnbau, das hat es davor nicht gegeben, und den einmaligen Verzicht, der ist auch hier im Gemeinderat beschlossen worden, ob das Einweisungsrecht, da handelt es sich vor allem um Wohnungen, die einfach aufgrund ihrer Lage vielleicht auch ohne Liftausstattung etc. einfach nicht nachgefragt werden und die geben wir einmalig an den Wohnbauträger zurück. Wir versuchen hier auch mit allen Mitteln dagegenzuwirken.

**Bauer:**

Dass ich das schriftlich bekomme, die Zahlen sind nicht erfreulich, das sind doch 450.000 Euro pro Jahr, die hier aufzuwenden sind und über das Budget getragen werden müssen. Auf der anderen Seite haben wir natürlich auch eine dementsprechende Wohnungsnachfrage. Meine Frage an Sie, Herr Vizebürgermeister

und zuständiger Wohnungsstadtrat, wir haben jetzt nur Wohnen Graz, Übertragungswohnbau, betrachtet. Mir wurde vor zwei Tagen gesagt, dass 2.500 Wohnungen in der Stadt wären, die noch nicht einmal erstmalig bezogen wurden. Das heißt, es ist ein Leerstandthema, das über Wohnen Graz und über den Übertragungswohnbau, sprich über die 10.000 Wohneinheiten oder 11.000 Wohneinheiten, hinaus geht. Wie ist der Zugang als Wohnungsstadtrat, diesem Leerstand, dieser Thematik zu entgegen? Es gibt unterschiedliche Modelle, Salzburg, Dornbirn, Erhebungen, was wollen Sie tun? Ist es für Sie dringlich und bis wann natürlich? Ich darf nur eine Frage stellen. Einen Runden Tisch hat es auch noch nicht gegeben, also.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Liebe Susanne, du weißt ganz genau, dass du in mir in diesem Fall die falsche Ansprechperson hast. Ich bin ausschließlich zuständig für Wohnen Graz, das heißt, für die eigenen Wohnungen und die aus dem Übertragungswohnbau da kümmern wir uns sehr minutiös darum, da danke ich dem Gerd Uhlmann und seinem Team, dass die hier wirklich auf neuestem Stand sind und das Ganze betreiben. Für die anderen Themenstellungen musst du bitte die geeignete Person suchen, damit du sie befragen kannst.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Bauer:** Ich wollte deine Einstellung hören, keine Antwort ist auch eine Antwort.*

**8.4 Frage 4: Kostengünstige Vierbeiner-Öffis  
(GR Swatek, Neos an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**Swatek:**

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehergalerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr. Ich darf mich heute mit einem Thema an Sie wenden, das mir in den letzten Tagen einige Bürgerinnen und Bürger nahegelegt haben und zwar die Bürgerinnen und Bürger, die tagtäglich unseren öffentlichen Verkehr mit ihren besten Freund des Menschen, mit dem Hund, verwenden. Und zwar gibt es in unserer wunderschönen Stadt derzeit für den öffentlichen Verkehr ein Hundeticket für eine Stunde und für 24 Stunden, aber es gibt derzeit leider kein Ticket für Menschen, die öfter als regelmäßig den öffentlichen Verkehr mit ihrem Hund verwenden wollen, also eine Jahreskarte. So hat man derzeit die Situation, möchte man mit seinem Hund regelmäßig pendeln, muss man für seinen Hund eine Vierbeiner-Jahreskarte organisieren und ich habe da auch mit den Graz-Linien telefoniert, und das war ein sehr amüsanter Gespräch für mich, weil die mich darüber informiert haben, dass ich eine Jahreskarte lösen muss und dafür ein Foto von meinem Hund mitbringen muss und wenn mein Hund dann noch Bürger der Stadt Graz ist, was ja Gott sei Dank der Fall ist, weil er im gleichen Haushalt wohnt wie ich, dann bekommt er auch noch die Ermäßigung für die Jahreskarte, um auf den normalen Zweibeiner-Preis von 281 € zu kommen. Jetzt muss ich also, wenn ich einen Hund mit den öffentlichen Verkehrsmitteln mitführen möchte, zwei Karten, die ich mit mir herumtrage und muss auch noch den doppelten Preis zahlen, nämlich € 562. Das ist eigentlich sehr interessant. In Wien fährt man mit seinem vierbeinigen Freund kostenlos mit dem öffentlichen Verkehr, wenn man eine Jahreskarte besitzt, in Innsbruck ist das zur Gänze kostenlos und ich glaube, dass wir den öffentlichen Verkehr auch attraktiver gestalten sollten für HundebesitzerInnen und daher meine

**Frage**

an Sie, Frau Stadträtin:

Gibt es Ihrerseits Pläne, die regelmäßige Nutzung des öffentlichen Verkehrs für Hundebesitzer durch ein kostengünstiges Jahresticket für Hunde zu attraktivieren?

**Originaltext der Frage:**

*Inhaber einer Jahreskarte der Graz Linien sind bei der Nutzung des öffentlichen Verkehrs in Graz mit ihren Hunden mit hohen Kosten konfrontiert. Denn für den besten Freund des Menschen gibt es in Graz keine kostengünstige Jahreskarte. So sind Grazerinnen und Grazer für ihre Hunde derzeit gezwungen, eine Vollpreis-Zweibeiner-Jahreskarte zu erwerben (281 €). Pendelt man mit seinem Hund also täglich in die Arbeit, bezahlt man in Graz derzeit zwei Jahreskarten - eine für sich selbst, eine für seinen Vierbeiner - insgesamt also 562 €. Anders ist das in Wien, dort fahren Vierbeiner mit Inhabern einer Jahreskarte kostenlos mit. In Innsbruck können Hundebesitzer ihren Liebling auch ohne Jahreskarte stets kostenlos mitführen.*

*Um die Nutzung des öffentlichen Verkehrs auch für Hundebesitzer zu attraktivieren, wäre ein kostengünstiger öffentlicher Verkehr für Vierbeiner längst überfällig.*

*Sehr geehrte Stadträtin Kahr,*

*gibt es Ihrerseits Pläne, die regelmäßige Nutzung des öffentlichen Verkehrs für Hundebesitzer durch ein kostengünstiges Jahresticket für Hunde zu attraktivieren?*

**Kahr:**

Ja, sehr gerne würde ich das machen. Es hat ja auch mein jetziger Stadtratskollege, damals als er noch Gemeinderat war, fast wortgleich oder fast gleichlautend eine

Initiative im Gemeinderat damals an meinen Vorgänger im Verkehrsressort gestellt. Wir unterstützen dieses Anliegen und auch ich persönlich, ich kann es aber nur an den Verkehrsverbund oder an den zuständigen Stadtrat weiterleiten, was ich aber gerne hiermit hier zusage.

**Swatek:**

Wir haben uns ja vor kurzem die Kosten erspart beim Studierenden-Ticket, da wir die Ermäßigung, die wir für das Studierenden-Ticket gewährt haben, jetzt nicht mehr tragen müssen. Könnte man dieses Geld der Stadt Graz nicht verwenden, um Vierbeinern eine billigere Jahreskarte zu ermöglichen, können Sie sich das vorstellen?

**Kahr:**

Ich kann mir sehr gut eine günstigere Jahreskarte vorstellen, weil das, noch einmal, selbst ein Initiative der KPÖ ist. Wir haben das schon eingebracht, es ist aber abschlägig von allen dafür zuständigen Stellen rückgemeldet worden. Aber ich mache das gerne und gebe es an die zuständigen Stellen, Verkehrsverbund und eben an den Finanzstadtrat, weiter. Weil entweder übernimmt es der Verkehrsverbund, dort müsste es einstimmig erfolgen, oder die Stadt Graz ist bereit, zusätzlich eben Geld in die Hand zu nehmen, um hier eine Bezuschussung für unsere Vierbeiner vorzunehmen.

**Nagl:**

Vielleicht könnte man im Vorfeld auch eine Befragung der Vierbeiner vornehmen, ob sie denn tatsächlich Straßenbahn und Bus fahren wollen.

Meine geschätzten Damen und Herren, wir kommen zur nächsten Frage, aber ich möchte noch etwas anmerken: Ich habe mich auf der Uhr verschaut, als wir die Fragestunde ausgemacht haben. Es war 12.36 und nicht 12.26. Deswegen darf die Zeit auch bis 13.36 Uhr genutzt werden.

**8.5 Frage 5: Verkehrslösung Hans-Brandstetter-Gasse  
(GR DI Topf, ÖVP an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**Topf:**

Es geht um die Verkehrslösung Hans-Brandstetter-Gasse im Zusammenhang auch mit der Plüddemangasse. Sehr geehrte Frau Stadträtin, werte Elke. Eine große Personengruppe aus der Hans-Brandstetter-Gasse ist über die Bezirksvertretung mit dem Ersuchen an uns herangetreten, nach einer bereits mehrfach versprochenen Befragung der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner mit zugesagter Evaluierung der derzeitigen Verkehrssituation diese nach wie vor aktuelle Thematik zu überdenken, neu zu bewerten und allenfalls künftig durch entsprechende Maßnahmen zu verbessern.

Bekanntlich ist die Hans-Brandstetter-Gasse durch zwei Betontröge ungefähr in der Straßenmitte in einen Ost- und Westteil hinsichtlich des MIV getrennt, sodass die Durchfahrt, sinnvollerweise würde ich meinen, für die KFZ zur Vermeidung eines „Schleichwegeverkehrs“ unterbunden ist. Dies bedeutet jedoch, dass insbesondere die Bewohnerinnen und Bewohner im Ostteil weder aus Süden über die Plüddemangasse kommend links abbiegend in die Hans-Brandstetter-Gasse einfahren noch in Richtung Norden aus der Hans-Brandstetter-Gasse links in die Plüddemangasse einbiegen können.

Diese Tatsache bringt sehr große Umwegfahrten mit sich, die derzeit von der Bevölkerung in Kauf genommen werden müssen und verständlicherweise für erheblichen Unmut sorgen.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

**Frage:**



Bist du in naher Zukunft bereit, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bewohnerinnen und Bewohnern sowohl aus dem Ost- als auch aus dem Westteil, ich muss das durchaus betonen, der Hans-Brandstetter-Gasse die oben dargestellte Problematik vor Ort anzusprechen und zu diskutieren, um daraus weitere Schlüsse für eine gedeihliche, lösungsorientierte Vorgehensweise zu ziehen?

*Originaltext der Frage:*

*Sehr geehrte Frau Stadträtin, werte Elke!*

*Eine große Personengruppe aus der Hans-Brandstetter-Gasse ist über die Bezirksvertretung mit dem Ersuchen an uns herangetreten, nach einer bereits mehrfach versprochenen Befragung der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner mit zugesagter Evaluierung der derzeitigen Verkehrssituation diese nach wie vor aktuelle Thematik zu überdenken, neu zu bewerten und allenfalls künftig durch entsprechende Maßnahmen zu verbessern.*

*Bekanntlich ist die Hans-Brandstetter-Gasse durch zwei Betontröge ungefähr in der Straßenmitte in einen Ost- und Westteil hinsichtlich des MIV getrennt, sodass die Durchfahrt für die KFZ zur Vermeidung eines „Schleichwegeverkehrs“ unterbunden ist. Dies bedeutet jedoch, dass insbesondere die Bewohnerinnen und Bewohner im Ostteil weder aus Süden über die Plüddemanngasse kommend links abbiegend in die Hans-Brandstetter-Gasse einfahren noch in Richtung Norden aus der Hans-Brandstetter-Gasse links in die Plüddemanngasse einbiegen können.*

*Diese Tatsache bringt sehr große Umwegfahrten mit sich, die derzeit von der Bevölkerung in Kauf genommen werden müssen und verständlicherweise für erheblichen Unmut sorgen.*

*Ich stelle daher an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die*

**Frage:**

*Bist du in naher Zukunft bereit, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bewohnerinnen und Bewohnern der Hans-Brandstetter-Gasse die oben dargestellte Problematik vor Ort anzusprechen und zu diskutieren, um daraus weitere Schlüsse für eine gedeihliche, lösungsorientierte Vorgehensweise zu ziehen?*

**Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Georg, du musst mir jetzt auch erlauben, ich dachte mir zuerst, soll ich es ganz kurz machen oder soll ich doch ausholen. Weil, wie du gesagt hast, es geht dort um viele Bewohner in diesem Straßenstück und es geht vor allem um die Bewohner im Osten als auch im Westen. Das Ganze hat eine sehr lange Vorgeschichte. Die Regelung, wie sie jetzt in der Hans-Brandstetter-Gasse ist oder aktuell gilt, nämlich eine Sperre zwischen der Durchfahrt der Plüddemangasse und Petersgasse, wurde in der vergangenen Gemeinderatsperiode getroffen, wie du weißt. Seither, eigentlich schon nach wenigen Monaten, haben sowohl die eine Gruppe als auch die andere Gruppe, ich darf das wirklich so sagen, wechselweise ihre Haltungen und Positionen zu dieser Sperre mir mitgeteilt. Die einen sagen, ja nicht aufheben, die anderen, um es sehr einfach und salopp zu sagen, bitte aufheben. Das ist hin und her gegangen und ich sehe die Problematik darin, dass man eigentlich hier zu oft herumexperimentiert hat und es eigentlich nicht so belassen hat, wie es war. Trotz der probeweisen Öffnung der Hans-Brandstetter-Gasse, die dann erfolgte, hat es wiederum massiven Widerstand der im westlichen Bereich gelegenen Bewohnerschaft gegeben und wir haben uns damals auch bemüht, eine Lösung zu finden. Das Straßenamt hat sich damals, in Abwägung der ganzen Pros und Kontras, entschieden damals mit dem Bezirksrat im Jänner 2017 für die Wiederaufstellung der Blumentröge. Ich muss sagen, das war ein einstimmiger Beschluss des Bezirksrates. Seither, also in der Zeit meiner Zuständigkeit wurden, wie gesagt, auch die ganzen Beschwerden und Anliegen, da habe ich mich immer persönlich darum gekümmert, auch gemeinsam mit

unseren Kollegen im Straßenamt und übrigens auch mit eurem Bezirksvorsteher Molnar, der hier auch sehr bemüht ist, eine Lösung zu finden, es gab auch Lösungsvorschläge, die diskutiert wurden, wie. z.B. Schranken oder ein kurzes Stück nur eine Einbahnstraße zu machen, die man dann videoüberwachen sollte, damit es auch eingehalten werden kann. Das geht aber aus Datenschutzgründen nicht usw. Eine Sonderlösung wie z.B. die Überlegung, ein Verbot für KFZ, mit Ausnahme der Anrainer die Zufahrt zu belassen, das wird aus Sicht des Straßenamtes vehement abgelehnt, bezogen auf die derzeitige Judikatur, weil das ja nicht irgendein Teilstück einer Straße ist und wirklich eine Verbindungsstraße ist zwischen zwei sehr stark befahrenen Straßen und es eigentlich fast eine permanente Überwachung brauchen würde, damit nicht wieder der Schleichverkehr durchziehen würde. Zusammenfassend um es dir zu sagen, gern, kann ich wieder mit der Bewohnerschaft und auch mit dem Bezirksrat, den würde ich dann sehr wohl miteinbeziehen, können wir noch einmal reden. Es geht aber darum, einen Vorschlag zu haben. Weil es gibt eigentlich nur eines, entweder öffnen oder so belassen wie es ist und alle anderen Alternativen, und da haben wir uns viel überlegt und viel Hirnschmalz, unter anderem auch dein Kollege, hineingesteckt und, um es auf den Punkt zu bringen, das Straßenamt und meine Kollegen von der Behörde warnen dringend davor, eigentlich etwas zu ändern, weil du wirst keine mit den vorhandenen Überlegungen zufriedenstellende Lösung finden können. Man könnte die Straße noch in eine Privatstraße umwandeln, ich hoffe aber, dass wir das nicht vorhaben, weil da versuchen wir eher, davon wegzukommen.

**Topf:**

Danke für die Beantwortung. Wie gesagt, es geht darum, dass man noch einmal mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, die ja dort tatsächlich in zwei Teile, auch was die Meinungsbildung betrifft, gespalten sind, wenn ich das so sagen darf, aber vielleicht könnte man noch einmal, wo auch ich als Verkehrssprecher unserer Fraktion oder als Vorsitzender des Verkehrsausschusses gerne dabei wäre, dass man noch einmal die eine oder andere Variante auch begründet ablehnt. Das wäre mir sehr wichtig, weil

natürlich sehr viele Vorschläge kommen und ich darf dir einfach die Frage stellen oder die Zusatzfrage, wann könntest du dir das vorstellen, dass man das in naher Zukunft dann tatsächlich so pointiert fixiert und argumentiert, wie du es jetzt gemacht hast, damit die Bevölkerung auch tatsächlich einmal klar vor Augen geführt bekommt, dass das eine möglicherweise geht, aber das eine oder andere aus den verschiedenen Begründungen, die auch bekanntlicherweise aus dem Straßenamt kommen, dass man das auch hier noch einmal anspricht und auch klar der Bevölkerung dort dokumentiert. Da würde ich bitten oder das wäre meine Frage: Bist du in naher Zukunft bereit, dass man das noch einmal dort vor Ort bespricht?

**Kahr:**

Ja, sehr gerne, ich habe es dir eh schon zugesagt.

**8.6 Frage 6: Altlasten Grabeländer  
(GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) Braunersreuther, KPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

**Braunersreuther:**

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen auf der Galerie. Ich habe eine Frage zu einer Sache, die eigentlich im Gemeinderat schon beschlossen ist, leider aber nicht genügend informiert wurde. In der Aktualisierung zum Masterplan Mur, die wir im Oktober 2019 beschlossen haben, war von 1 Mio. Mehrkosten aufgrund von Entsorgungsarbeiten am Gelände des künftigen Einsatzkräftestützpunktes auf den ehemaligen Grabeländern im Bereich der Angergasse die Rede. Ich habe daraufhin versucht herauszubekommen, wodurch diese Mehrkosten entstanden sind und hab bei der Holding nachgefragt. Zuerst bei dem Auskunftsbüro, das sich aber nicht zuständig gefühlt hat, dann beim Herrn Malik persönlich. Ich habe leider keine Antwort bekommen. Jetzt schreibt die Holding, es hätte sich um gering belasteten Schotter

gehandelt, der gerüchteweise nach dem Krieg dort entsorgt wurde. Google Earth zeigt aber jetzt in Satellitenbildern ganz deutlich erkennbar ein Fundament eines Gebäudes, und zwar da ist kein Schotter, nichts Zerstörtes, sondern komplett erhalten. Meine

### **Frage**

im Namen des KPÖ Gemeinderatsklubs ist daher:

Wurden nach dem Auftauchen der sogenannten Gebäuderestmasse dieses Gebäude entsprechend den Regeln des Bundesdenkmalschutzgesetzes als potentielle Fundstelle gemeldet und die Archäologen des Bundesdenkmalamtes zur Begutachtung herangezogen?

#### ***Originaltext der Frage:***

*Sehr geehrter Herr Stadtrat,*

*In der Aktualisierung zum Masterplan Mur, die in der Gemeinderatssitzung Oktober 2019 beschlossen wurde, war von 1 Mio. Mehrkosten aufgrund von Entsorgungsarbeiten am Gelände des künftigen Einsatzkräftestützpunktes auf den ehemaligen Grabeländern im Bereich der Angergasse die Rede. Trotz mehrmaliger Nachfrage bei der Holding Graz konnte keine Auskunft darüber erhalten werden, welche Materialien hier konkret gefunden wurden.*

*Auf nun kürzlich von Google Earth aktualisierten Satellitenbildern ist deutlich ein relativ intaktes Fundament eines Gebäudes zu sehen, eventuell auch Keller.*



*Im Namen des KPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende*

**Frage:**

*Wurden nach dem Auftauchen der so genannten Gebäuderestmasse diese entsprechend den Regeln als potentielle Fundstelle gemeldet und die Archäologen des Bundesdenkmalamtes zur Begutachtung herangezogen?*

**StR Dr. Riegler:**

Die Frage kann ich, so glaube ich, restlos aufklären, mit Ausnahme jenes Details, warum der Herr Malik noch nicht zurückgerufen hat. Ich kann Ihnen versichern, dass alles in Ordnung ist und geprüft wurde. Ich darf daran erinnern, fürs Protokoll, dass es sich ja um zwei Bauherren handelt, die hier tätig sind, nämlich einerseits die Energie Steiermark, was das Kraftwerk betrifft, und andererseits die Holding Graz, was eben diesen Zentralen Speicherkanal betrifft und beide Firmen bedienen sich einer Archäologie-Service-GmbH, die durch einen Herrn Dr. Gerald Fuchs vertreten wird und diese Archäologie-Service-GmbH wurde selbstverständlich darüber unterrichtet, dass es hier etwas gegeben hat, was gefunden wurde. Das Antwort-E-Mail dieser Argis, wie diese Archäologie-Service-GmbH heißt, liegt mir vor. Darin heißt es, ein

Luftschutzdeckungszugang aus dem zweiten Weltkrieg ist jedenfalls auszuschließen. Es handelt sich eindeutig um ein Punktfundament, die Interpretation als Masten-Fundament erscheint plausibel. Eine weitere Untersuchung, Dokumentation hätte zu keinem archäologischen historischen Erkenntnisgewinn beigetragen. Das heißt, es wurde alles untersucht und es handelt sich lediglich um ein unbedeutendes Masten-Fundament und eben um kein größeres Bauwerk.

**Braunersreuther:**

Zunächst vielen Dank für die Beantwortung, auf die ich jetzt so lange gewartet habe. Eine Frage, die sich mir stellt, ist, wenn es sich um ein Strommasten-Fundament handelt, eigentlich sind ja Strommasten verzeichnet, wo die einmal gestanden sind, warum war man dann so überrascht davon, dass man mit einer Million nachfinanzieren musste? Das werden Sie mir jetzt nicht beantworten können, deswegen stelle ich Ihnen eine andere Frage, werden Sie sich in Zukunft dafür einsetzen, dass der Kommunikationsfluss von der Holding, die wir immerhin in diesem Fall mit einer Million für diese Entsorgung finanziert haben, besser läuft und vielleicht ist es Ihnen auch möglich, mir die Informationen dieser Begehung weiterzugehen, also eine Fotodokumentation und ein Protokoll wird es ja sicherlich gegeben dieser Archäologie-Firma. Wenn es das gibt, dann hätte ich die sehr gerne.

**Riegler:**

Die Mehrkosten wurden ja schon erläutert und da gibt es unterschiedlichste Gründe, woraus Mehrkosten entstanden sind, bis hin dazu, dass man eine Deponie gefunden hat. Aber ich würde einfach empfehlen, kurzer Weg, rufen Sie mich an oder schicken Sie mir ein E-Mail und wir können jederzeit, auch zwischen zwei Gemeinderatssitzungen, Klärungen herbeiführen.

Bgm. **Nagl**: Wie gut, dass wir gegraben haben. Nun zu Frage Nr. 7.

**8.7 Frage 7: Versorgung „Küche Graz“  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schleicher, FPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

**Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, werte Zuhörer, sehr geehrter Herr Stadtrat. In meiner Frage geht es um die Versorgung „Küche Graz“. Die Zentralküche, jetzt eben Küche Graz, versorgt ja alle städtischen Kindergärten, Volksschulen und viele Einrichtungen mehr. Hut ab einmal vor den Mitarbeitern, denn diese vielen Essen zuzubereiten, ist wirklich eine logistische Meisterleistung und es schmeckt auch offenbar sehr gut, weil meine Kinder gehen in eine Volksschule und in einen Kindergarten und können das auch bestätigen. Aber da sieht man schon, was die Stadt Graz und die Küche Graz für eine große Verantwortung hat. Sehr viele Kinder in Graz gehen ja in die Nachmittagsbetreuung und nehmen ihr warmes Mittagessen von Montag bis Freitag in der Betreuungseinrichtung ein. So im Alter von drei bis 10 Jahren. Das heißt, das ist eine wichtige Phase beim Wachsen und Lernen und die Qualität hat da eben eine große Wichtigkeit. Es gibt die Wochenpläne mit den Menüs, die hängen auch in den Einrichtungen aus, wo zu lesen ist, was es zu essen gibt. Biologische Lebensmittel sind grün geschrieben und in vielen Wochen bzw. sehr oft ist das einzig grün Geschriebene die Suppe, also das Suppenpulver. Da finde ich, da ist noch sehr viel Luft nach oben möglich. Positiv erwähnen möchte ich, dass das Rindfleisch fast immer aus biologischer Erzeugung ist, das ist wirklich bemerkenswert. Oft ist aber auch zu lesen aus den Plänen, das Kalbsgulasch, warum das den kleinen Kindern serviert werden muss, ist mir zwar schleierhaft, aber ist so. Auf alle Fälle habe ich 2013 eine Initiative gestartet, nämlich „Stoppt das Tierleid“, wo es um die Lebedtiertransporte geht und hier auch im Gemeinderat dazu einen dringlichen Antrag gestellt, wo sich die Stadt Graz ausgesprochen hat, alles Mögliche im eigenen Wirkungsbereich zu machen, um das nicht zu fördern. Die Küche Graz wäre jetzt der eigene Wirkungsbereich und ich hoffe,



dass die Kinder eben so ein Fleisch, das durch die ganze EU gekarrt wurde, vorgesetzt bekommen. Deshalb meine

### **Anfrage**

an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat:

Nach welchen Kriterien werden Lebensmittel der „Küche Graz“ hinsichtlich Regionalität, biologischer Anbau, artgerechte Haltung etc. erfasst?

#### ***Originaltext der Frage:***

*Sehr geehrte Herr Stadtrat!*

*Die „Küche Graz“ versorgt u.a. städtische Kindergärten, Schülerhorte, Beratungszentren und weitere Einrichtungen mit ihrem umfangreichen Angebot.*

*Viele Grazer Kinder nehmen in der Nachmittagsbetreuung ihr Mittagessen ein, eine qualitativ hochwertige Lebensmittelversorgung ist das A und O für Jung und Alt.*

*Besonders eine regionale Versorgung ist aus vielfältigen Gründen wünschenswert, verknüpft mit einem hohen Bio-Anteil der gelieferten Lebensmittel.*

*Besonders bei Fleisch ist eine hohe Qualitätskontrolle notwendig, um eine sichere und vor allem gesunde Ernährung zu gewährleisten.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende*

### **Anfrage**

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:*

*Nach welchen Kriterien werden Lebensmittel der „Küche Graz“ hinsichtlich Regionalität, biologischer Anbau, artgerechte Haltung etc. erfasst?*

**StR Hohensinner:**

Danke für die Frage und zuallererst freut es mich, dass es deinen Kindern schmeckt unser gesundes Essen und zum Zweiten möchte ich mich beim Herrn Gerngroß und bei seinem Team bedanken. Ich bin ja sehr oft in der Küche Graz und da wird wirklich eine großartige Arbeit geleistet. Ich möchte kurz das Leistungsspektrum der Küche Graz zusammenfassen. Die Küche Graz versorgt täglich über 8.000 Personen in den unterschiedlichsten Einrichtungen. Dazu gehören Kindergärten, Kinderkrippen, Schulen, Horte und auch einige soziale Einrichtungen. Jeden Tag gibt es zwei Menüs zur Auswahl, eines mit Fleisch und eines ohne Fleisch und hier möchte ich in aller Deutlichkeit anmerken, das Fleisch ist ausschließlich Bio-Fleisch oder AMA-Gütesiegel-Fleisch und zu 100 % aus Österreich. Die Zahlen sprechen für sich. Wir befragen ja immer alle Kundinnen und Kunden und da ist herausgekommen, dass 88 % der Kundinnen und Kunden sehr zufrieden oder zufrieden sind und sie wurden auch befragt, ob sie mit unserem System cook and chill zufrieden sind. Hier haben wir sogar 90 % Zufriedenheitsrate. Nun zu deiner Frage noch im Konkreten. Nämlich gemäß welchen Kriterien das Essen ausgewählt wird, ganz oben angesiedelt, Hygiene steht im Vordergrund und die Qualität der Lebensmittel wird durch den Küchenchef Gerngroß höchstpersönlich kontrolliert und auch vor Ort besichtigt. Es gibt laufend Betriebsbesichtigungen sowie regen Austausch zwischen anderen Großküchen, und noch einmal zum Fleisch und ich glaube, genau auf das hatte deine Frage abgezielt, ist zu 100 % aus Österreich und durch mehr regionale Produkte, mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten bei den Speisen, mehr Kommunikation zwischen Küche Graz und den Einrichtungen wurde die Qualität und die Gesamtzufriedenheit wesentlich verbessert. Auch ich selbst bin bei einem Elternabend zum Probeessen mit meiner Frau gemeinsam eingeladen. Ich habe ja schon öfters probeessen dürfen, aber auch hier werden wir noch einmal diese Möglichkeit in Anspruch nehmen, weil oft

Eltern das gar nicht so gut nachvollziehen können und oft liegt es auch an der Aufbereitung vor Ort, ob das gustiös aussieht, ob es gesund aussieht, da kann man dann schon noch mit Informationen einige Fragen dann noch aufklären. Wir haben Äpfel aus der Oststeiermark, Nudeln aus der Südsteiermark und Milch aus Graz Umgebung zusammengefasst. Unsere Mittagessen sind dadurch gesünder denn je und ausgewogener denn je und ich bin gerne bereit, Anregungen aufzunehmen, damit wir uns weiter verbessern. Aber gerade der Herr Gerngroß und sein Team ist wirklich vorbildlich und noch einmal ein Danke an sein Engagement und an das Engagement des Teams.

**Schleicher:**

Danke für die ausführliche Beantwortung. Nichtsdestotrotz ist der biologische Teil sehr gering. Das ist an den Essenplänen zu erkennen mit der Kennzeichnung und daher meine Frage, weil da eben noch Luft nach oben ist. Bei der Rohkost z.B. die ist nie biologisch, das wäre relativ einfach, aus der Region zu bewerkstelligen, ob du dich dafür einsetzen wirst, dass der biologische Anteil steigt.

**Hohensinner:**

Ich habe gemeinsam mit meinem Vorgänger Michael Ehmman und mit der Martina Schröck haben wir ja einen Reformdialog hier auf die Beine gestellt, wo man wirklich schon sehr viele Verbesserungen zusammengebracht hat und ich bin der Erste, der sich noch einmal mit dir zusammensetzt, auch der Herr Gerngroß ist gerne bereit, dass man dort, wo es noch geht, biologisch nachbessern, das ist für unsere Kinder, daher habe ich da höchstes Interesse daran, natürlich.

**8.8 Frage 8: Verkehrssicherheitssituation Messendorfberg  
(GR Dreisiebner, Grüne an StR<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

**Dreisiebner:**

Meine Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Stadtregierungsmitglieder, geschätzte Elke Kahr. Ich bin gerade vor 3 Minuten von einem Kollegen angesprochen worden, dazu gibt es doch schon so viele Anfragen und Anträge, die aufliegen bzw. hier schon besprochen worden sind. Ich sage, das Thema ist noch immer nicht gelöst, wie es an vielen Orten dieser Stadt Probleme gibt und es ist natürlich eine Unterstützung und eine Bestärkung aller vorangegangenen Initiativen, ich hoffe, dass es keine nachfolgenden mehr geben muss. Im Bereich Messendorfberg entwickelt sich seit längerer Zeit ein immer stärkerer Schleich- und Durchzugsverkehr von Autofahrerinnen und Autofahrern, von Pendlerinnen und Pendlern, die dort eigentlich nichts verloren haben, im Sinne von, sie haben dort weder ihren Start noch ihren Zielort der Fahrt und auch keinen Zwischenhaltepunkt. Sie versuchen, zugestaute Einfahrtstraßen, Landesstraßen usw. zu umgehen. Jetzt ist es dort so, dass die Straßensituation für alle, die es noch nicht so genau wissen, so ist, es gibt keine Gehwege, keine Gehbereiche, keine Gehsteige. Es ist sehr schmal, es ist in zwei Fahrtrichtungen befahrbar, es gibt landwirtschaftliche Betriebe und mehr noch, es gibt Reiterhöfe, wo auch teilweise dann Pferdereien zu den vis a vis liegenden Koppeln usw. auch über den Straßenbereich stattfinden muss. Dort wird die Tempo-30-Zone einfach nicht eingehalten. Auch sonstige Regeln werden nicht eingehalten. Die Interessengemeinschaft ist sehr aktiv, hat Unterschriften gesammelt und wird und wurde schon immer wieder bei den einzelnen Stadtregierungsmitgliedern und Klubs vorstellig. In diesem Sinne, weil das noch immer offen ist und weil wir einfach eine Lösung brauchen, da geht es um Schulkinder, da geht es eben, wie gesagt, auch um Landwirtschaftsbetriebe und um Kinder, Jugendliche, die ein Pferd reiten möchten, da geht es um erwachsene Menschen: Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Menschen dort, der FußgängerInnen, insbesondere der Kinder, wirst du für den Straßenzug Messendorfberg so zeitnahe wie möglich setzen, um den Ausweich- und

Schleichverkehr zu reduzieren und die Verkehrssicherheit für die AnrainerInnen deutlich zu erhöhen?

**Originaltext der Frage:**

*Seit mehreren Monaten versucht die AnwohnerInnen-Initiative "IG Messendorfberg" auf die zunehmende Verkehrsbelastung und auf die Gefahren des wachsenden und oftmals zu rasanten Schleichverkehrs durch ihre Nebenstraße aufmerksam zu machen. Bisher blieb dies allem Anschein nach allerdings völlig ohne Aussicht auf (Teil-)Erfolge.*

*Der Hilferuf, den die IG Messendorfberg im Namen hunderter Menschen, die in den Straßen ihrer Wohnumgebung zwar rechtlich eine Tempo-30-Zone haben, allerdings in der großteils sehr engen Straße über keine gesicherten FußgängerInnen-Bereiche oder gar Gehsteige verfügen, ist trotz Medienbericht in einem Grazer Wochenmedium, trotz Vorsprachen in mehreren politischen Büros - u.a. auch bei dir in deiner Funktion als Verkehrsstadträtin - und trotz einer Petition, die es auf 600 Unterschriften gebracht hat, bisher ungehört verhallt.*

*Dem Wunsch nach Fahrverboten für den gefährlichen und rasanten Durchzugs- oder vielmehr Ausweichverkehr wurde bis dato genauso wenig nachgekommen wie dem Einbau von tempomindernden Schwellen (aka "Schlafende Polizisten") oder der Aufstellung zusätzlicher Tempo-30-Verkehrszeichen. Da man sich als Vertreter der Grazer Bevölkerung im Gemeinderat ja auch als stellvertretende Stimme für die vitalen Verkehrssicherheitsinteressen - gerade von Kindern oder auch älteren Menschen - einbringen muss, darf ich dir, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende*

**Frage**

*stellen:*

*Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation für FußgängerInnen, insbesondere für Kinder, wirst du für den Straßenzug Messendorfberg so zeitnahe wie möglich setzen, um den Ausweich- und Schleichverkehr zu reduzieren und die Verkehrssicherheit für AnrainerInnen deutlich zu erhöhen?*

**Kahr:**

Herr Gemeinderat, wie du schon richtig angesprochen hast, ist die letzte Beantwortung hier im Haus, ich glaube, das warst du, Kollege Stöckler, aber ich weiß es auch von der Kollegin Potzinger, fast wortgleich oder ident. Es gibt, so glaube ich, kaum in der Stadt Graz einen Straßenzug in unserem Straßennetz, der so oft und intensiv bearbeitet wurde wie diese Straße am Messendorfberg. Ich kann mich selbst sogar noch an Initiativen erinnern, nicht nur bei meinem Vorgänger, sondern sogar die Kollegin Rücker ist da schon damit konfrontiert worden, weil schon damals hat es immer den Wunsch gegeben, dass dieses Straßenstück, dass man es sperren soll und nur für die Anrainer zugänglich macht. Was ich auf keinen Fall stehenlassen kann ist, dass diese Hilferufe der Bewohnerschaft da ungehört geblieben sind, sondern ganz im Gegenteil, ich war persönlich mehrmals dort, die Kollegen im Straßenamt, Verkehrsplanung, haben sich das auch alles angesehen. Das müssten die Damen und Herren, die dort wohnen und vielleicht sich auch an dich gewandt haben, auch bestätigen können, wenn sie es nicht tun, dann ist es nicht seriös. Es ist auch nicht so, dass gar nichts angesehen wurde oder nichts gemacht wurde, sondern ganz im Gegenteil, allein in diesen Jahren, wo ich jetzt zuständig bin, sind Geschwindigkeitsmessungen, Verkehrszählungen ständige, intensivierete Tempoüberwachungen etc. durchgeführt worden. Die Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit hat sich gesondert noch einmal damit beschäftigt. Besichtigungen vor Ort, auch mit dem Straßenerhaltungsdienst, sind erfolgt und selbstverständlich ist jede Anfrage auch beantwortet worden. Maßnahmen, so wie sie es sich wünschen, dass man dort eine Totalsperre macht oder eine Einbahn, die mir zuerst auch schlüssig erschienen ist, die aber eher zu einer Beschleunigung des Verkehrs führen würde, haben wir aber davon Abstand

genommen. Sehr wohl sind aber Gefahrenzeichen zusätzliche gesetzt worden, Poller versetzt worden und auch Anrainerinformationen, nämlich dort sind, wie du schon angesprochen hast, sehr viele Liegenschaften, die oft bis in den Straßenraum Bepflanzungen haben, dass sie auch angehalten wurden, ihren Heckenschnitt vorzunehmen. Eines ist aber ganz wichtig festzuhalten: Am Messendorfberg, das ist eine Anliegerstraße, die eine KFZ-Belastung hat von 530 Fahrzeugen innerhalb von 24 Stunden. Das ist keine Verkehrshölle, wie das oft beschrieben wurde, und die durchschnittliche Geschwindigkeit dort beträgt 37 km/h. Zum Thema Sicherheit, auch weiter zurückreichend, ist dieser Straßenzug jedenfalls kein Unfallhäufigkeitspunkt, sondern laut Dokumentation der Polizei gab es seit 2016 keinen einzigen Unfall, erfreulicherweise, mit einem Verletzten. (Appl.)

**Dreisiebner:**

Da gibt es mehr als nur eine Zusatzfrage. Ich darf einmal schon drauf eingehen, dass natürlich alles sehr seriös abgelaufen ist. Ich habe die Informationen, wie alle anderen wahrscheinlich auch, was schon alles an Bemühungen und Verhandlungen und Vorortbesichtigungen stattgefunden hat.

*Zwischenruf unverständlich.*

**Dreisiebner:**

Nein, von den BürgerInnen-Initiativen, von den VertreterInnen, das meine ich. Das Ergebnis ist für die Damen und Herren nicht zufriedenstellend. Die Situation ist nach wie vor prekär. Ich möchte darauf hinweisen, wenn man von einer 37 km/h-Durchschnittsgeschwindigkeit spricht, dass das unter Umständen eine entsprechende Spitze nach oben hat, die vermutlich sehr gefährlich ist und das nichts passiert ist, das soll ja so bleiben. Das ist natürlich auch immer die Frage, an welchen Stellen man

misst. Aber das einmal dahingestellt. Für mich die relevante Sache ist die, ich habe mit dem Bürgermeister Jakob Frei telefoniert, weil die Gemeinde Hart bei Graz, im benachbarten Bereich, spätestens mit der Eröffnung der zusätzlichen Autobahnabfahrt im Gemeindegebiet Hart bei Graz entsprechende Beruhigungsmaßnahmen, das ist ein sehr bunter Strauß von Maßnahmen, die die da planen, setzen wollen. Jetzt bliebe auf der Nachbargemeindenseite eine Beruhigung als Ergebnis und in Graz haben wir laut deinen Worten, Elke, eigentlich schon alles Mögliche gemacht. Bist du bereit, mit dem Herrn Bürgermeister Frei in der Nachbargemeinde Hart bei Graz über ein Gesamtkonzept zu sprechen? Das wäre meine Zusatzfrage.

**Kahr:**

Das hat mein Büro auch schon gemacht, weil natürlich das, was dir die Bewohner dort gesagt haben, sie mir ja auch gesagt haben. Das sind berechtigte Sorgen, die will ich gar nicht hintanstellen. Wenn dort Maßnahmen gesetzt werden, die einen tatsächlichen zusätzlichen Verkehr mit sich bringen würden, dann macht das auch Sinn und das haben wir aber auch den Bewohnern so rückgemeldet.

#### **8.9 Frage 9: Beschlossene Mobilitätsangebote (GR<sup>in</sup> Robosch, SPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

**Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste auf der Tribüne, sehr geehrter Herr Stadtrat. Vor fast ganz genau 2 Jahren haben wir hier im Gemeinderat einen dringlichen Antrag einstimmig beschlossen, der Frauennachttaxis und auch den Ausbau von Nachtbussen fordert. Einstimmig wurde dieser Antrag angenommen, auch mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ. Einstimmigkeit bei dringlichen Anträgen der Opposition sind natürlich nicht allzu oft und trotzdem ist zwei Jahre später noch immer



kein Budgetposten und auch noch immer keine Umsetzung in Sicht. Beide Mobilitätsangebote wurden schon geprüft, vor allem auch das Frauennachttaxi war mit einem Informationsbericht schon zweimal im Gemeinderat. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich zu Recht, wie dieser einstimmige Antrag so lange brauchen kann, um umgesetzt zu werden.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

**Frage:**

Wie sehen die Budgetüberlegungen für 2020/2021 bezüglich dieser beiden Mobilitätsangebote (Frauennachttaxi, Nachtbusse) aus?

***Originaltext der Frage:***

*Sehr geehrter Herr Stadtrat!*

*Vor ungefähr 2 Jahren haben wir hier in diesem Gemeinderat einstimmig einen Antrag beschlossen. Einstimmigkeit bei dringlichen Anträgen ist bekanntlich nicht so alltäglich. Dieser Antrag sollte einerseits Angebote für Frauen schaffen, nachts besser nach Hause zu kommen, andererseits wurden in diesem Dringlichkeitsantrag auch der Ausbau der Nachtbusse eingefordert. Beide Mobilitätsangebote sind bestens erprobt und stießen sowohl in Medien wie auch bei zahlreichen BürgerInnen auf großes Interesse. Dennoch ist unklar, ob sich diese beiden Mobilitätsangebote im Budget 2020/2021 wiederfinden werden.*

*Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die*

**Frage:**

*Wie sehen die Budgetüberlegungen für 2020/2021 bezüglich dieser beiden Mobilitätsangebote (Frauennachttaxi, Nachtbusse) aus?*

**Riegler:**

Da muss ich jetzt ein wenig ausholen. Zunächst einmal möchte ich vielleicht damit beginnen, dass ich vor nicht allzu langer Zeit im Mai im Schauspielhaus dabei war bei einer interessanten Abendschau, die hieß: „Österreich, wir müssen reden. Schutz und Sühne.“. Da gab es auch diverse Live-Einspielungen aus dem Volksgarten und aus dem Stadtpark und jetzt will ich nicht sagen, dass Sie persönlich da dabei waren, aber der Duktus dieser gesamten Einspielung des gesamten Abends war, wir leben in einem Polizeistaat, es greift immer mehr Law and Order um sich. Die Ordnungswache ist völlig unnötig. Sämtliche Sicherheitsprobleme, die es gibt, seien eigentlich alle nur herbeigeredet und herbeigezaubert. Jetzt frage ich mich schon, wenn Sie auf dem Klavier spielen und sagen, es sei alles so unsicher und man könne um 21 Uhr oder um 22 Uhr niemandem zumuten, mit einem öffentlichen Verkehrsmittel, Straßenbahn oder Bus zu fahren, dann muss ich jetzt wirklich ernsthaft fragen, warum opponieren sie dann ständig gegen Ordnungswache, gegen Aufbau von Polizeipräsenz, wenn es ja diese Probleme ja gar nicht gibt? Erstens, und es geht ja nicht darum, dass jemand mitten im Stadtpark oder mitten im Volksgarten wohnt, sondern irgendwo in Graz. Zweitens, wenn Sie auf einen dringlichen Antrag anspielen, dann muss man sagen, ein Dringlicher kann niemals zum Gegenstand haben, was mit finanziellen Auswirkungen einhergeht. Das heißt, ich nehme an, der Dringliche war damals, dass man das prüfen soll und das man sich das anschauen soll. Deswegen so zu tun, als ob der Gemeinderat hier einstimmig beschlossen hätte, wir führen ein Frauennachttaxi ein, das halte ich ein wenig für eine Verstellung der Tatsachen. Drittens, wir haben im Budget erstens einmal einen umfassenden Budgetposten für den öffentlichen Verkehr. Wir haben laufend Taktverdichtungen, auch in der Nacht. Wir haben eine immer stärkere Ausprägung von Buslinien und Straßenbahnlinien. Wir haben auch, darauf möchte ich

hinweisen, ein Angebot, gegen Vorlage eines gültigen Öffi-Tickets bei der BuslenkerIn kann man als Fahrgast täglich ab 20 Uhr eine Taxi-Bonuskarte haben, die 2,40 € wert ist und die eben hilft, möglicherweise dann von der Endstation des Busses nach Hause zu kommen. Das heißt, es gibt eigentlich schon eine finanzielle Unterstützung. Darüber hinaus gibt es, wie Sie eh schon wissen, natürlich auch das Gust-Mobil und letzten Endes möchte ich schon noch auf eines zu sprechen kommen: Jetzt gibt es doch tatsächlich jeden Freitag die Friday-for Future-Bewegung. Es gibt alle möglichen Ideen, die darauf abzielen, dass man eigentlich den motorisierten Individualverkehr zurückdrängt und Sie kommen mir jetzt tatsächlich mit einem Projekt, dass jährlich eine halbe Million Euro aus dem allgemeinen Steuertopf dafür verwendet werden soll, dass man Taxifahrten bezuschusst. Weder ist das besonders umweltfreundlich noch ist es irgendwie sozial ausgewogen, noch ist es offensichtlich nötig, weil es in Graz eh so sicher ist.

**Robosch:**

Ich versuche, ganz kurz, nicht ausholend auf alles, zu replizieren, was Sie gerade gesagt haben.

**Nagl:**

Da darf ich Sie ersuchen, die Zusatzfrage zu stellen.

**Robosch:**

Ok. Zur Prüfung. Es wurde geprüft, der Informationsbericht ist Ihnen sicher zugelangt worden, ich bin mir sicher, Sie kennen den Prüfbericht. In diesem Prüfbericht wurden auch alle bisherigen Angebote die es von der Stadt Graz schon gibt, geprüft und gefragt, ob Sie diesem Angebot für Frauen nachkommen würden. Diese Antwort ist: nein. Sie haben Gust-Mobil, Taxibonuskarte und Co. angesprochen. Sie bezuschussen

auch ein SeniorInnentaxi, trotzdem ist das nicht im Sinne des dringlichen Antrages, wie gesagt einstimmig, der damals gestellt wurde. Wenn man jetzt auch noch mit der Grünen Karte kommt und mit der Populismuskarte, würde ich fast sagen, dann muss ich Sie erinnern, dass am 14. Jänner 2017 der Bürgermeister selbst gesagt hat, die Night-Line funktioniert so nicht und wir brauchen ein Taxisystem. Am 16. November 2017 wurde der Antrag beschlossen und heute am 14. November 2019 erhalte ich von Ihnen die Antwort, es ist nicht notwendig und wir brauchen das alles nicht. Deswegen frage ich Sie, Herr Stadtrat, was hat sich in diesen zwei Jahren geändert, dass es jetzt nur mehr populistisch ist, solche Sachen zu fordern für die Sicherheit von Frauen? Was muss sich ändern, damit dieses Frauennachttaxi doch noch kommen kann?

**Riegler:**

Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass wir jedes Jahr auch im Ressort der Frau Umwelt- und Frauen-Stadträtin eine Steigerung des Budgets haben. Das sind so um die 30.000 bis 40.000 Euro pro Jahr an Steigerung. Da geht sich schon etwas aus. Wenn Sie eine Bezuschussung für so ein Frauennachttaxi haben möchten, dann bitte entwickeln Sie ein Modell, aber halt aus dem Eckwert heraus. Das ist ja durchaus machbar, wenn Sie das für sinnvoll halten, aber dann müssen Sie halt budgetär umschichten.

***Ende der Fragestunde um 13.50 Uhr.***